

Bericht aus Brüssel

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/6272

25. Februar 2026

Wer in Brüssel spricht – und warum das für Schleswig-Holstein zählt

Vorschau auf die 170. Plenartagung des Ausschusses der Regionen, 4./5. März 2026

[Anfang März kommt der Europäische Ausschuss der Regionen \(AdR\) im Parlament zusammen.](#) Die Sitzung ist kein Routineakt. Die 170. Plenartagung legt Konfliktlinien offen – bevor Rat, Parlament und Kommission entscheiden.

Viele Themen betreffen nicht nur Brüssel. Sie stehen längst auch im Schleswig-Holsteinischen Landtag und in den Kommunalparlamenten auf der Tagesordnung. Schleswig-Holstein ist durch Eka von Kalben im Ausschuss der Regionen vertreten.

Der große Rahmen: Wie viel Europa – und wofür?

[Im Zentrum steht der Mehrjährige Finanzrahmen \(MFR\) nach 2027.](#) Er bestimmt, wie viel Geld in Kohäsion, Landwirtschaft, Verkehr, Forschung, Klima und Sicherheit fließt.

Im Plenum erklärt der zuständige EU-Kommissar, wie sich die Kommission Europa nach 2027 vorstellt: mehr Mittel für Sicherheit, Verteidigung und Wettbewerbsfähigkeit – bei engen Spielräumen. Die Regionen kennen die Folgen solcher Verschiebungen. Für sie sind Umschichtungen keine Theorie, sondern gekürzte oder neu zugeschnittene Programme vor Ort.

Die Stellungnahme des AdR trifft den Kern: Wie verbindet die EU neue Prioritäten mit dem Versprechen, regionale Entwicklung und Zusammenhalt nicht zur Verhandlungsmasse zu machen? Und wie flexibel dürfen Mittel sein, ohne die Planungssicherheit der Regionen zu untergraben?

Für Schleswig-Holstein ist das konkret. Es geht um Regionalförderung und Infrastruktur, um Innovations- und Forschungsprogramme, um Unterstützung für ländliche Räume und Küstenregionen.

Kohäsion: Investitionsvehikel oder politischer Ausgleich?

Die nächste Grundsatzfrage lautet: Welche Rolle soll der Privatsektor in der künftigen [Kohäsionspolitik](#) spielen?

In Brüssel dominieren Begriffe wie Hebelwirkung, „blended finance“ und Mobilisierung privaten Kapitals. Fonds sollen aus jedem Euro mehr machen. Die Kohäsionspolitik folgte lange einer anderen Logik. Sie war ein Solidarinstrument. Sie sollte strukturschwache Regionen stärken und Unterschiede verringern.

Die Stellungnahme des AdR benennt den Konflikt klar: Bleibt Kohäsion Ausgleichspolitik? Oder wird sie zum Instrument, um Investitionslücken dort zu schließen, wo sich privates Kapital engagiert?

Für Flächenländer mit ländlichen Räumen und zugleich starken Innovationszentren wie Schleswig-Holstein ist das eine Richtungsentscheidung. Je stärker sich die Logik an Rendite und Bankfähigkeit orientiert, desto härter wird der Wettbewerb um Mittel. Strukturschwächere Regionen geraten unter Druck.

Vergaberecht: Wenn Anspruch und Alltag kollidieren

[Weniger spektakulär, aber für Länder und Kommunen spürbar, ist die Debatte über die Bewertung der EU-Richtlinien zur öffentlichen Auftragsvergabe.](#)

Das Ziel ist klar: Transparenz, fairer Wettbewerb, Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards. In der Praxis wächst jedoch der Aufwand. Verfahren werden komplexer, dauern länger und schaffen neue Rechtsrisiken.

Der AdR legt den Finger in diese Wunde. Er stellt den europäischen Anspruch – „grün, sozial, transparent“ – dem Verwaltungsalltag gegenüber. Viele Regionen werden Beispiele nennen, in denen Projekte nicht am Geld scheitern, sondern am Verfahren.

Wasserresilienz: von der Umwelt- zur Überlebensfrage

Die Plenartagung wertet ein Thema sichtbar auf: [Wasserresilienz](#). Unter dem Titel „Trendwende in der Wasserpolitik – ein lokaler und regionaler Fahrplan“ berät der AdR über Europas Antwort auf Dürren, Starkregen und Überschwemmungen.

Der Perspektivwechsel ist deutlich. Wasser gilt nicht mehr nur als Umweltfrage. Es wird zur Infrastruktur-, Sicherheits- und Standortfrage. Trinkwasser, Landwirtschaft, Industrie, Küsten- und Hochwasserschutz – all das hängt an Menge und Qualität des Wassers.

Die Stellungnahme betont die Praxis vor Ort. Wasserverbände, kommunale Versorger, Deichverbände und Bauämter tragen die Verantwortung. Doch Rechtsrahmen und große Finanzentscheidungen fallen in Brüssel und in den Hauptstädten.

Für Schleswig-Holstein ist das kein abstraktes Thema. Küstenschutz, Niedrigwasser, Moor- und Flächenmanagement sowie Starkregen prägen den Alltag. Die Botschaft lautet: Wasserpolitik wird strategisch. EU-Vorgaben und Förderlogiken müssen früh mitgedacht werden..

Kinder im Fokus: Wohlergehen und Kindergeldsysteme

Die Plenartagung setzt auch einen sozialpolitischen Akzent. Die Stellungnahme [„Wohlergehen von Kindern und Kindergeld“](#) erfasst die Systeme der Mitgliedstaaten.

Es geht nicht um Vereinheitlichung. Es geht um Vergleich. Welche Modelle gibt es? Wie wirken sie auf Kinderarmut, Teilhabe und Bildungschancen? Und welche Rolle spielen Kommunen und Regionen, wenn sie Angebote finanzieren und organisieren?

Die Debatte knüpft an die Europäische Kindergarantie und die EU-Strategie für die Rechte des Kindes an. Sie macht klar: Kinderpolitik entsteht nicht nur im Sozialgesetzbuch. Sie hängt an Kitas, Schulen, Jugendhilfe, Familienzentren – also an Infrastruktur vor Ort.

Ein Moment jenseits von Zahlen und Programmen: der Adamowicz-Preis

Am zweiten Sitzungstag tritt die Politik einen Schritt zurück. [Die Plenarversammlung verleiht den Bürgermeister-Paweł-Adamowicz-Preis.](#) Er erinnert an den 2019 ermordeten Danziger Bürgermeister. Ausgezeichnet werden kommunale Amtsträgerinnen und Amtsträger sowie zivilgesellschaftliche Akteure, die sich unter persönlichem Risiko für Demokratie, Menschenrechte und offene Städte einsetzen.

Angesichts wachsender Anfeindungen gegen Kommunalpolitiker auch in Deutschland sendet der AdR ein klares Signal: Lokale Demokratie ist kein Randthema. Sie ist ein europäischer Kern.